

Globale Risiken belasten die Konjunktur

Die globalen Risiken für die Konjunktur – europäische und amerikanische Schuldenkrisen, Rezessionsängste in den USA, Inflationsdruck in den Schwellenländern, politische Unruhen in Nahost – wurden in den zurückliegenden Monaten zunehmend virulent. Die weltweiten Turbulenzen an den Börsen sind Ausdruck dessen und drohen über Vertrauens- und Vermögenseffekte auf die Realwirtschaft überzugreifen. Gleichzeitig sind die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume gering, da der Exit aus den expansiven Maßnahmen während der vergangenen Krise vielfach nicht gelungen ist. Nun erzwingen die Schuldenprobleme in einigen Ländern Sparprogramme die eine dämpfende Wirkung auf die Konjunktur haben. *Von Jörg Hinze*

Das alles belastet auch die bis zum Frühjahr dynamisch wachsende deutsche Wirtschaft, zumal nach dem kräftigen Aufholprozess nach der Krise 2008/2009 eine zyklische Abflachung erwartet worden war. Die deutliche Wachstumsverlangsamung im zweiten Quartal – nahezu Stagnation – beruhte allerdings auch auf Sondereinflüssen, wie einer „technischen Reaktion“ auf das durch Nachholeffekte überhöhte erste Quartal. Überraschend schwach war der private Konsum, denn die Entwicklung am Arbeitsmarkt und die der Einkommen blieben weiter günstig.

Die guten binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die noch gute Auftragslage auch aus dem Ausland lassen für die deutsche Wirtschaft aber erwarten, dass sie ihren Aufwärtstrend im zweiten Halbjahr fortsetzt. Dazu dürften neben einem wieder stärkeren privaten Konsum auch die Unternehmensinvestitionen und der Wohnungsbau beitragen. Sicherlich werden die Probleme der jüngeren Vergangenheit nicht ohne Auswirkungen bleiben, zumal die Lösung dieser, wie die in vielen Industrieländern erforderlichen Konsolidierungsprogramme, deren Konjunktur beeinträchtigen und über deren Auslandsnachfrage auch den Welthandel. Die deutschen Exporte werden in der Folge weniger stark expandieren als noch vor einiger Zeit vorausgeschätzt.

Das wird in den letzten Monaten dieses Jahres und dann im kommenden Jahr die deutsche Konjunktur dämpfen und sich über Beschäftigungs- und Einkommenseffekte zunächst im Exportbereich in der Folge auch auf die Binnenwirtschaft auswirken. Dabei ist bereits unterstellt, dass die von den Schuldenkrisen betroffenen Län-

der ihre Probleme angehen und die Finanzmärkte sich so weit beruhigen, dass von diesen nicht zusätzliche Verunsicherung auf die Realwirtschaft ausstrahlt. **Unter diesen Bedingungen würde die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr weiter moderat wachsen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird dann in diesem Jahr wegen des hohen Überhangs noch um 3 % zunehmen, 2012 zwischen 1 und 1 ½ %. Die Zahl der Arbeitslosen wird dabei nur noch leicht zurückgehen. Die Inflationsrate wird bei geringeren Preiserhöhungsspielräumen und nachlassenden Energieverteuerungen wieder unter die 2-Prozent-Marke fallen.**

In früheren Prognosen des HWWI war stets auf die externen Risiken hingewiesen worden, bei deren Zuspitzung der Aufschwung gefährdet wäre. Die nun nach unten revidierten Prognosen für 2011 (in der Juni-Prognose noch 3,5 %) und 2012 (zuvor 2,2 %) tragen den inzwischen eingetretenen Verschlechterungen Rechnung. Gleichwohl sind die Probleme noch keinesfalls gelöst und die Risiken für eine noch deutlich ungünstigere Entwicklung sind nach wie vor groß. Inwieweit diese virulent werden oder sich vermeiden lassen, wird von einer Reihe (wirtschafts-)politischer Entscheidungen in nächster Zeit abhängen. So müssen in Europa, aber auch in den USA, die Staatschuldenkrisen nach-

haltig angegangen werden. Dabei ist der „Spagat“ zwischen Konsolidierung und Konjunktur sicherlich nicht einfach. Bei zu starken Sparanstrengungen droht ein Abgleiten in eine Rezession. Eine weitere Verschuldung bereits hoch verschuldeter Staaten würden die Finanzmärkte wohl nicht hinnehmen und es drohten Staatspleiten. Überzeugende Konsolidierungskonzepte hingegen könnten bei privaten Verbrauchern und Investoren neues Vertrauen in die Fähigkeit der Politik, der Probleme Herr zu werden, schaffen und so die Finanzmärkte beruhigen und die Konjunktur stützen. Die größte Rezessionsgefahr besteht wohl für die USA und die europäischen Problemländer. Aber auch in wichtigen Schwellenländern scheint sich die Dynamik abzuschwächen, zumal hoher Inflationsdruck dort restriktive Maßnahmen erfordert. Eine weitere Verschärfung der aktuellen Probleme würde die Konjunktur zusätzlich belasten.

Eckdaten der Konjunkturprognose für Deutschland
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2008	2009	2010	2011	2012
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,1	-5,1	3,7	3,0	1,2
Private Konsumausgaben	0,6	-0,1	0,6	1,2	1,0
Konsumausgaben des Staates	3,1	3,3	1,7	0,9	1,0
Anlageinvestitionen	1,7	-11,4	5,5	6,8	1,8
Ausrüstungen	3,6	-22,8	10,5	10,0	2,9
Bauten	-0,7	-3,0	2,2	5,0	0,3
Sonstige Anlagen	7,0	0,6	4,7	2,6	5,3
Inlandsnachfrage	1,3	-2,6	2,4	2,5	1,5
Ausfuhr	2,7	-13,6	13,7	8,2	4,5
Einfuhr	3,3	-9,2	11,7	7,9	5,6
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige	1,2	0,0	0,5	1,2	0,2
Arbeitslose (Mio. Personen)	3,26	3,41	3,24	2,98	2,92
Arbeitslosenquote ² (in %)	7,5	7,8	7,4	6,8	6,6
Verbraucherpreise (in %)	2,6	0,4	1,1	2,2	1,7
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-0,1	-3,2	-4,3	-1,5	-1,1
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	6,3	5,6	5,7	5,5	5,1

¹ Preisbereinigt. – ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2011 und 2012: Prognose des HWWI.

Brauchen wir ein neues Unternehmenssteuerrecht für Familienunternehmen?

Die Frage, ob man ein speziell an Familienunternehmen ausgerichtetes Unternehmenssteuerrecht benötigt, mag zunächst überraschen, da doch alle Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe, ihrem Geschäftsgegenstand, ihrer Rechtsform oder ihrer Gesellschafter- und Führungsstruktur steuerlich gleich behandelt werden sollen. Die nachfolgenden Ausführungen sollen jedoch zeigen, dass das gegenwärtige Besteuerungsrecht die Gleichbehandlung zu Lasten von Familienunternehmen und inhabergeführten Unternehmen aufgrund derer Besonderheiten nicht sicherstellt. *Von Günther Strunk*

Definitionsgemäß zeichnet sich das Familienunternehmen durch die Einheit von Inhaberschaft und Geschäftsführung aus. Die Familie ist Bezieher von Dividenden oder Gewinnanteilen, aber auch Vermieter von Immobilien und Finanzier unternehmerischer Investitionen. Ihre Mitglieder sind persönlich tätige Gesellschafter, Geschäftsführer oder sonstige Angestellte. Das Familienunternehmen begegnet daher regelmäßig folgenden steuerlichen Problemfeldern: Angemessenheit von Entgelten für Leistungsbeziehungen zwischen Gesellschafter und Unternehmen; steuerliche Behandlung von betrieblich veranlassten Ausgaben bei privater Mitveranlassung (wie zum Beispiel private Mitveranlassung von Reisekosten, Aufteilungsverbot bei gemischten Aufwendungen); häufige Ausrichtung der Unternehmensstrategie auf Nachhaltigkeit (die Gewinne werden nur ausgekehrt, wenn sie nicht für den Substanzerhalt benötigt werden); regelmäßige Übertragung der Inhaberschaft des Unternehmens durch unentgeltliche Vorgänge, sodass erbschaftsteuerliche Begünstigungen von besonderer Bedeutung sind und durch aktives Handeln erlangt werden müssen; aufgrund der direkten Zurechnung der Einkünfte bei den Gesellschaftern des Familienunternehmens kommt der Freistellung der Einkünfte sowie der Reduzierung von Quellensteuern nach den Doppelbesteuerungsabkommen große Bedeutung zu; die persönliche Mitwirkung der Gesellschafter begründet oftmals verschärfende Besteuerungsfolgen aufgrund des Aussensteuergesetzes (§ 20 Abs. 2 AStG) sowie ertragsteuerliche sowie schenkungssteuerliche Risiken und Belastungen durch die Incentivierung von Fremdgeschäftsführern durch Mitarbeiterbeteiligung und vergleichbare Instrumente.

Aus den genannten Besonderheiten und Problemfeldern ergeben sich die folgenden ausgewählten Handlungsempfehlungen:

- Aufgabe des generellen Missbrauchsverdachts bei Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen und Gesellschaftern durch Festlegung von nicht zu beanstandenden festen Preisbandbreiten.
- Begünstigungsvorschriften, die dem Ausschüttungsverhalten von Familienunternehmen gerecht werden sollen, sind grundsätzlich sinnvoll, müssen aber anders als heute administrierbar sein. Beispielhaft gilt dies für § 34a EStG; aber auch Vorschriften zur Sicherstellung der Anrechnung der Gewerbesteuer erscheinen reformbedürftig, da in der Praxis oftmals die Herbeiführung eines Ausgleichsmechanismus innerhalb des Gesellschafterkreises einer Personengesellschaft der gewerbesteuerlichen Be- und Entlastung nach der wirtschaftlichen Verursachung nicht geschafft werden kann.
- Erbschaftsteuerliche Regelungen privilegieren Personengesellschaftsbeteiligungen gegenüber Kapitalgesellschaftsanteilen, wobei diese Differenzierung nicht sachgerecht erscheint, zumeist aber die Familienunternehmer begünstigt, da diese regelmäßig Personengesellschaften nutzen. Die bei Kapitalgesellschaften sonst mögliche Stimpfpoolung ist in „älteren“ Familienunternehmen mit einer Vielzahl von Gesellschaftern mit sehr kleinen Gesellschaftsanteilen oft nicht möglich. Aber auch die Sicherstellung der unternehmerischen Führung durch bestimmte Familienmitglieder bei gleichzeitiger Beteiligung der nicht aktiven Familienmitglieder am unternehmerischen Vermögen weist erhebliche Schwierigkeiten auf und kann nur durch entsprechende Gestaltungen erreicht werden (zum Beispiel KGaA-Modelle).

- Die Doppelbesteuerungsabkommen-Freistellung ist für Familienunternehmen in der Rechtsform einer Personengesellschaft essenziell: Kapitalgesellschaften mit ausländischen Tochterkapitalgesellschaften würden durch den Wechsel der Freistellung der ausländischen Einkünfte auf die Anrechnung der ausländischen Steuern nicht besonders stark getroffen. Kapitalgesellschaften mit Betriebsstätten im Ausland müssen gemäß § 9 Nr. 3 GewStG auf die ausländischen Einkünfte keine Gewerbesteuer zahlen, sodass die Steuerbelastung insoweit nur 15 % oder das höhere Auslandssteuerniveau beträgt. Bei Personengesellschaften mit natürlichen Personen als Gesellschafter führt die Nichtbelastung mit Gewerbesteuer zu einer korrespondierenden Höherbelastung mit Einkommensteuer. Bei Wegfall der Freistellung verlieren viele deutsche Familienunternehmen ihre Wettbewerbsposition, weil ihre Vorsteuerrendite einer im Vergleich mit Wettbewerbern vor Ort zu hohen Besteuerung unterliegt.

Vor diesem Hintergrund besteht erstens ein erheblicher Bedarf an Forschung über die Folgewirkung steuerlicher Vorschriften auf die besondere Unternehmensform „Familienunternehmen“. Zweitens muss bei der Neuformulierung von Steuergesetzen den besonderen Bedürfnissen und Besonderheiten von Familienunternehmen Rechnung getragen werden. Es wäre zu begrüßen, wenn auch der Berufsstand sich diesem Problemfeld noch verstärkter als bisher widmen würde. Gleichwohl eröffnet sich dem Berufsstand hierdurch auch weites Betätigungsgebiet.

Mehr über das Themenfeld „Family Owned Business“ erfahren Sie unter: www.hwwi.org.